

Eine Krise des Faschismus?

Autor(en): **Paul, Hermann**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **15 (1935-1936)**

Heft 4

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-332437>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

auch ihren Apparat der Partei für den Wahlkampf zur Verfügung. Die einzelnen Gewerkschaften veranstalteten zum Beispiel Mitgliederversammlungen, in denen die sozialdemokratischen Abgeordneten über die Bedeutung der Wahl referierten. In den Provinzstädten konnte während des Wahlkampfes keine Arbeiterorganisation eine Versammlung oder ein Vergnügen veranstalten ohne die Genehmigung des örtlichen Wahlkomitees. Viele schon lange vorbereitete Veranstaltungen mußten verschoben werden, andere fanden statt, sofern ein Lokal zur Verfügung stand, aber ein sozialdemokratischer Kandidat hielt dort gleichzeitig eine Wahlrede.

Diese enge Zusammenarbeit aller Glieder der Arbeiterbewegung, insbesondere der Partei und Gewerkschaften, die Einigkeit und Geschlossenheit, dieser restlose Einsatz der gesamten Arbeiterbewegung für ein Ziel, hat auch bei dieser Wahl seine Früchte getragen. Was eine wirkliche Einheit und Zusammenarbeit aller Kräfte der Arbeiterbewegung bedeuten kann, das Beispiel für die internationale Arbeiterbewegung gegeben zu haben, darf sich das kleine Dänemark rühmen.

Eine Krise des Faschismus?

Von Dr. Hermann Paul.

Es hat ernsthafte politische Beobachter gegeben, die vom Jahre 1935 einen politischen Umschwung erwarteten: vor allem eine Festigung des europäischen Friedens und den Zusammenbruch des Nationalsozialismus. Das Jahr wird nun bald zu Ende gehen, aber die Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Mehr noch: die Aussichten für das Jahr 1936 stehen nicht günstiger als vor Jahresfrist. Das soll und darf uns nicht entmutigen, aber es sollte uns lehren, daß Demokratie und Sozialismus noch ganz andere Anstrengungen zu machen haben, um auf den Gang der Ereignisse einen stärkeren und entscheidenden Einfluß zu gewinnen.

Statt gefestigter Friedensgarantien hat uns das Jahr 1935 den Eroberungskrieg des faschistischen Italiens gegen Abessinien gebracht, den Krieg eines Mitgliedstaates des Völkerbundes gegen den andern. Die allzu verspäteten Einsprüche Englands und anderer Staaten gegen diesen kolonialen Annexionskrieg haben die kriegerischen Aktionen Mussolinis ebensowenig aufzuhalten vermocht, wie die wirtschaftlichen Sanktionen. Von dem stärkeren Druckmittel der militärischen Hilfeleistung, das nach dem Statut des Völkerbundes sofort nach der Eröffnung der italienischen Feindseligkeiten hätte angewendet werden müssen, wurde Abstand genommen, weil man bei der mit Explosivstoff geladenen Atmosphäre in Europa den Ausbruch eines europäischen Krieges befürchten mußte. Nur das unbedingte Zusammengehen und die zu jeder äußersten Maßnahme entschlossene Haltung Frankreichs, Rußlands und Englands hätte Italiens Verzicht erzwingen können, ohne die ernstesten Konsequenzen einer italienisch-deutschen Gegenaktion befürchten zu müssen. Da das feste Einvernehmen zwischen Frankreich,

Rußland und Großbritannien nicht existiert, begnügte man sich mit lückenhaften Wirtschaftssanktionen, deren Wirkungen günstigenfalls erst nach längerer Zeit eintreten können. Der militärische und politische Ausgang des ostafrikanischen Krieges hängt also einstweilen davon ab, ob die italienischen Truppen dank ihrer hygienischen und militärisch-technischen Ausrüstung der Schwierigkeiten des Klimas, der Bodengestaltung und des gegnerischen Widerstandes rascher Herr werden, als man im Lager des Völkerbundes bisher annahm.

Mussolini hat bis jetzt das Glück gehabt, sich auf das nationalsozialistische Deutschland stützen zu können. Und es war gerade die englische Regierung gewesen, die Deutschland gestattet hatte, den Versailler Vertrag in Fetzen zu reißen und seine Aufrüstung in beispiellosem Umfange durchzuführen. Wohl hat Italien den Vorstoß Deutschlands gegen Süden zu fürchten, aber eine waghalsige Politik, wie die Mussolinis, kann gleichwohl hoffen, sich Hitler-Deutschlands auch gegen die Staaten bedienen zu können, die ihm wegen Abessiniens zu heftig in die Arme fallen möchten. Eine Allianz zwischen Italien, Deutschland, Ungarn, Bulgarien und möglicherweise auch Polen könnte es äußerstenfalls schon gegen eine englisch-französisch-russisch-tschechische Allianz aufnehmen. Denn Deutschlands militärische Kraft kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, und auch Italien repräsentiert zu Land, zu Wasser und in der Luft eine ganz andere Macht als das Italien zur Zeit des Weltkriegs. Auch wenn die faschistischen Staaten schließlich von einer neuen Weltallianz niedergewungen werden sollten, so würden die Kriegsverluste doch auch für die Sieger ungeheuer schwer sein. Mussolini aber weiß — und gleich ihm wissen es Hitler und die deutschen Generale —, daß parlamentarisch regierte, konstitutionelle Staaten vor dem unermesslichen Risiko und den beispiellosen Opfern eines neuen Weltkriegs eine viel größere Furcht haben als faschistische Militärstaaten, für die die ganze Wirtschaft und das ganze Volk ja nur Mittel zur Durchsetzung nationalistisch-militaristischer Ziele sind.

Aber nicht nur ihrer nationalistischen und militaristischen Staats- und Seelenverfassung wegen sind die faschistischen Staaten unvergleichlich viel draufgängerischer als die Staaten mit mehr oder minder demokratischen Einrichtungen, sondern auch noch ein anderes, sehr wichtiges Moment verhindert die Bildung einer straffen, kampfbereiten Antifaschistenfront: die nicht so ganz unwichtige Tatsache, daß England und Frankreich kapitalistisch beherrschte Länder sind, deren ausschlaggebende Schicht, die Bourgeoisie, unverkennbare Bedenken trägt, sich allzu eng mit Sowjetrußland als Verbündetem zu liieren. Gewiß, man hat es in den Völkerbund aufgenommen, man würde sich auch im Falle des Angegriffenwerdens seine Hilfe gern gefallen lassen; aber man möchte es auch nicht allzu mächtig, allzu unentbehrlich, sozusagen zum Schiedsrichter Europas werden lassen. Die englische Bourgeoisie und Diplomatie wittert in ihm immer noch so etwas wie ihren gefährlichsten imperialistischen Konkurrenten in Asien. Möglich, daß sich diese Antipathie mit dem Gefährlicherwerden

des japanischen Imperialismus abschwächt, und daß man in Sowjetrußland einmal den natürlichen Bundesgenossen schätzen lernt. Einstweilen aber überwiegt noch das Mißtrauen gegen das europäisch-asiatische Riesenreich, das dort heranwächst, und gegen das neuartige staatskapitalistisch-staatssozialistische Wirtschaftssystem, das sich dort immer lebenskräftiger entfaltet und das einmal das verführerische Vorbild eines wahrhaft sozialistischen Gemeinwesens von riesenhaften Dimensionen werden könnte. Hinzu kommt, daß der Kapitalismus nirgends mehr in Europa das Gefühl unverwüstlicher Gesundheit und Lebenskraft besitzt. Er steht einer chronischen Weltkrise gegenüber, die trotz aller imperialistischen, währungspolitischen und sonstigen Kurversuche nicht weichen will. Infolgedessen auch einer immer unbequemerer proletarisch-sozialistischen Opposition, deren Anklagen ihm um so peinlicher sind, als er ihre Berechtigung selbst nicht mit gutem Gewissen bestreiten kann. Kein Wunder, daß ihn manchmal das Bangen vor einer Götterdämmerung des Kapitalismus und der kapitalistischen Klassenherrschaft überfällt, und daß ihm die wachsende Konsolidierung der Sowjetwirtschaft und der Sowjetmacht schweres Unbehagen bereitet. Gewiß, es gibt für die bürgerlichen Regierungen und die herrschenden Klassen in England noch andere, näherliegende Sorgen. Da ist der italienische Faschismus, der Englands Herrschaft am Golf von Aden und im Mittelmeer bedroht und die farbigen Rassen noch rebellischer zu machen droht, als sie ohnehin zu werden beginnen. Da ist das Hitler- und Reichswehr-Deutschland, das eine noch gewaltigere Militärmacht aufbaut, als es selbst die wilhelminische war, die doch vier Jahre lang der ganzen Welt Trotz geboten, ja, sie beinahe niedergeworfen hätte. Dieses nationalsozialistische Deutschland ist eine Weltgefahr. Aber ist für den Kapitalismus nicht auch Sowjetrußland eine Weltgefahr? Ja, ist der Bolschewismus nicht vielleicht noch eine schlimmere als der Faschismus und Nationalsozialismus? Und wie, wenn es gar gelänge, diese beiden Gefahren für das heutige Europa und den Kapitalismus westeuropäischer Prägung dadurch unschädlich zu machen, daß man sie gegeneinander ausspielt? Wäre nicht — immer vom Standpunkt des Bourgeois aus — der Alpdruck für einige Zeit von England und Frankreich genommen, wenn das nationalsozialistische Deutschland und das bolschewistische Rußland aneinander gerieten und sich gegenseitig derartig schwächten, daß sie vorläufig keine Gefahr mehr für andere Staaten bildeten? Freilich, wenn Deutschland Sieger bliebe, könnte seine Macht und seine Begehrlichkeit erst recht gefährlich für alle andern Nachbarländer werden. Aber solchen Eventualitäten könnte man ja dann noch immer begegnen. Es gilt ja in England und auch anderwärts als Staatsweisheit, sich höchstens um den nächsten Tag zu sorgen, statt mit Weitblick und vorsorgender Umsicht den Gefahren der Zukunft zu begegnen. Die Weltgeschichte macht ja darum auch bis auf den heutigen Tag den Eindruck, als sei sie die Ausgeburt eines geisteskranken Dämons.

Weil man die europäischen Vorgänge stets durch das Perspektiv

seiner Wünsche betrachtete, sah man in den Kreisen der Emigration die Dinge in allzu rosigem Licht. Mit dem Faschismus mußte es nun mit dem abessinischen Abenteuer zu Ende gehen, denn England würde ja Italien zum Rückzug zwingen und dadurch den Kriegsanstifter, den Duce, zur Strecke bringen. Sollte Mussolini etwa aus Rache mit Hitler-Deutschland anbündeln wollen, so stand Sowjetrußland bereit, den deutschen Militarismus in Schach zu halten. Kam es trotzdem zum europäischen Krieg, so konnte der nur mit der Vernichtung des Faschismus und Nationalsozialismus enden, mit der Wiederkehr der Demokratie in den beiden Ländern, vielleicht sogar mit dem Triumph des Sozialismus. So konnte man es durch viele Nummern, in und zwischen den Zeilen, in der »Neuen Weltbühne« lesen. Das »Neue Tagebuch« blieb zwar weltpolitisch skeptischer, es warnte davor, aus dem ostafrikanischen Abenteuer ein europäisches Kriegsabenteuer zu machen. Nicht der Faschismus, sondern der Nationalsozialismus sei der Hauptfeind. Gleichwohl aber entwarf das »Neue Tagebuch« seit vielen Monaten ein Bild von der deutschen Wirtschaft und dem Hitler-System, das immer ausgeprägter den hippokratischen Zug aufwies. Naivere Leser (und es gibt nicht allzuviel kritische) konnten so glauben, daß Mussolini demnächst von England und dem Völkerbund erledigt werde, während der deutsche Nationalsozialismus in nicht zu langer Frist an seinen Finanznöten, am Butter- und Fleischmangel zugrunde gehen müsse. Dann kam Mitte November in beiden Zeitschriften ein jäher Stimmungsumschlag. Da las man von Schachts offiziellen Anbiederungsversuchen an die englischen und französischen Bankgewaltigen, von seinem Angebot, mit den Westmächten Sicherungsverträge abzuschließen, wenn man Deutschland dafür nur im Osten Ellenbogenfreiheit gewähre, gegenüber »den baltischen Provinzen« und Sowjetrußland. Und man vernahm, daß nicht nur französische Reaktionäre aller Art, unter anderem auch der ehemalige Kommunist Doriot, der »in enger Verbindung mit Herrn Laval« stehe, durchaus einverstanden seien mit diesem perfiden Hitler-Angebot, sondern daß auch Lavals Haltung keineswegs zuverlässig sei. Und man fand die »Times« zitiert, die dem nationalsozialistischen Deutschland freudige Wiederaufnahme in den Völkerbund verhieß und die Nichtratifizierung des französisch-russischen Paktes empfahl, wenn es dafür nur die Durchführung der Sanktionen gegen Italien nicht durchkreuzen wollte. Ob Laval oder eine neue französische Regierung es in der Treulosigkeit gegen Rußland und die Tschechoslowakei und im Selbstverrat an der eigenen Sicherheit so weit treiben könnten, wie die »Times« anriet, ist fraglich; aber daß von einer konsequenten, umfassenden Friedenssicherungspolitik im Geiste Barthous heute noch weniger die Rede sein kann als vor Jahresfrist, scheint leider festzustehen. Zumal der Wahlausfall in England der konservativen Regierung weitgehende Handlungsfreiheit gewährt. Und diese Politik wird trotz der von manchen Konservativen (zum Beispiel Winston Churchill) erkannten überragenden Gefahr des deutschen Nationalismus sicherlich vor allem unter dem Gesichtswinkel der Sicherung des Kapitalismus stehen.

Hört aber die Isolierung Hitler-Deutschlands auf, während umgekehrt Sowjetrußlands reale Sicherheitsgarantien wieder zweifelhafter werden, so verliert auch Deutschlands Wirtschafts- und Finanzkrise viel von ihrer Bedeutung. Zumal, wenn ihm für Zugeständnisse in der Sanktionenfrage größere Kredite gewährt würden, wie das keineswegs unwahrscheinlich wäre. Der Hitlerismus, dessen nahe Abwirtschaftung kaum noch eine Frage erschien, würde dadurch eine Stabilisierung erfahren. Die Not und die leidenschaftliche Ablehnung des Systems durch die Volksmehrheit würden auch in diesem Falle nicht schwinden. Aber die stärkste innere Empörung eines wehrlosen Volkes kann eine Gewaltherrschaft nicht stürzen, die von einer starken Militärkaste und einer bis an die Zähne bewaffneten zahlreichen Bonzokratie verteidigt wird, deren Brutalität keine Grenzen kennt. Gerade Leopold Schwarzschild, der Herausgeber des »Neuen Tagebuchs«, bemüht sich denn auch im Heft vom 18. November um den Nachweis, daß der Nationalsozialismus trotz all seiner Schwierigkeiten nur gestürzt werden könnte durch eine Volksfront, die von der äußersten Linken bis weit, weit nach rechts reiche. Sie müßte also doch wohl selbst die Großbourgeoisie und die Reichswehr einschließen. Was bedeutete, daß das Proletariat seine Klassenforderungen weit zurückstecken und sich mit demokratischen Zugeständnissen begnügen müßte. Kein Wunder, daß sich, wie Schwarzschild klagt, die Schaffung einer solchen »größten Koalition« nicht einmal unter den Emigranten habe vereinbaren lassen. Wer aber auf eine Diktatur des Proletariats oder auch nur auf »irgendeine selektierte Volksfront« rechne, setze sich damit allermindestens der Möglichkeit aus, »endlose Jahre überhaupt nicht zum Zuge zu kommen«. Man müsse eben Vertrauen genug in die eigene Kraft und die Fähigkeiten der künftigen Führer setzen, alle eintretenden Möglichkeiten auszunützen.

Ohne Zweifel, die Weltlage ist für die Sache der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit überaus schwierig. Sie kann sich durch unberechenbare Umstände aufhellen, aber sie kann sich auch noch mehr verdüstern. Um so dringlicher wird die Pflicht, ohne Illusionen, aber auch ohne jeden Kleinmut alle berechenbaren Faktoren dem Kampfplane zugrunde zu legen, der für das ganze sozialistische Proletariat gemeinsam sein muß. An dieser internationalen Klarheit und Einmütigkeit hat es leider noch sehr gefehlt, sie muß endlich geschaffen werden. Durch die tiefstschürfende Erforschung der wirtschaftlichen, politischen und psychologischen Tatbestände und durch eine Propaganda, die der des Faschismus und Nationalsozialismus mindestens gleichkommt. Nur dann kann der in ständigem Fluß befindliche Strom der Ereignisse in die Bahn des Sozialismus geleitet werden.
